

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 30 (2003)
Heft: 4

Artikel: Sommer : späte Rehabilitation
Autor: Crivelli, Pablo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909906>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Späte Rehabilitierung

Nach über einem halben Jahrhundert werden Personen rehabilitiert, die Opfern des Nationalsozialismus und Faschismus zur Flucht verhalfen und deshalb in der Schweiz verurteilt wurden.

DER VON DEN PARLAMENTSAMMERN zum Abschluss der Sommersession am 20. Juni, definitiv verabschiedete Gesetzesentwurf geht zurück auf eine parlamentarische Initiative vom sozialdemokratischen Nationalrat Paul Rechsteiner. Letzterer hatte ursprünglich neben den Flüchtlingshelfern auch die im spanischen Bürgerkrieg und in der französischen Résistance aktiven Kämpfer gegen Nationalsozialismus und Faschismus rehabilitieren wollen – ein Thema, an dem sich die Geister in der Schweiz seit den dreissiger Jahren des 20. Jahrhunderts scheiden.

Die eidgenössischen Räte weigern sich seit jeher und bis heute, die gegen heimgekehrte Brigadekämpfer verhängten Urteile aufzuheben. So hat sich denn auch das Parlament bei der Verabschiedung des Gesetzesentwurfs auf die Rehabilitierung jener Personen beschränkt, die, gemäss den Worten des Aargauer freisinnig-demokratischen Ständerats Thomas Pfisterer, Flüchtlinge vor dem sicheren Tod gerettet haben, „oftmals unter Inkaufnahme grosser persönlicher Risiken“. Seiner Ansicht nach «bedeutet die Aufhebung der Urteile keine Kritik an der Justiz jener Zeit, wurden die Urteile doch nach damals gültigem Recht gefällt». Es gelte jedoch zu berücksichtigen, dass im Lichte der besonderen politischen Lage Ende der dreissiger Jahre und in den vierziger Jahren diese Urteile heute als eine Ungerechtigkeit empfunden würden angesichts des altruistischen Verhaltens der verurteilten Menschen. Der bekannteste Fall unter den Verurteilungen von Personen, die Tausenden von Juden 1939 das Leben gerettet haben, ist jener des St. Galler Polizisten Paul Grüninger. Erst



Paul Grüninger, St. Galler Polizeihauptmann, der 1938/39 jüdische Flüchtlinge gegen alle Vorschrift in die Schweiz einreisen liess (Aufnahme von 1971).

1996 wurde er durch das Bezirksgericht St. Gallen juristisch rehabilitiert. Grüninger war 1939 fristlos aus dem Dienst entlassen und 1940 wegen Amtspflichtverletzung und Urkundenfälschung verurteilt worden. Er verlor sein Anrecht auf eine Pension und lebte bis zu seinem Tod 1972 in Armut. Das Gesetz über die Aufhebung von Strafurteilen gegen Flüchtlingshelfer sieht keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Genugtuung vor.

Gegen Steuererleichterungen

Zum ersten Mal in der Geschichte der Schweizer Direktdemokratie besteht die Möglichkeit eines Kantonsreferendums – gerichtet gegen das im Juni von den Parlamentskammern beschlossene Steuerpaket.

Initiative für neue Verfassung lanciert

Die Eidgenössische Volksinitiative «für die vollständige Erneuerung der Bundesverfassung durch das neue Parlament (initiative frühling ja)» wurde von einem Initiativkomitee, das sich aus links-grün-ökologischen Nichtparlamentariern zusammensetzt, lanciert. Das Volksbegehren verlangt die vollständige Erneuerung der Bundesverfassung.

«frühling ja» fordert Transparenz in Bezug auf Wahlkampfspenden, gleich lange Spiesse in Bezug auf Wahlkampfgelder für alle Gruppierungen und Gratis-SBB-Generalabonnemente für sämtliche Jugendliche bis 25 Jahren.

Spricht sich das Volk in der Vorabstimmung zugunsten einer Totalrevision der Bundesverfassung aus, sind die beiden Räte neu zu wählen. Das neu gewählte Parlament muss nicht nur eine neue Verfassung ausarbeiten, sondern auch alle übrigen parlamentarischen Aufgaben wahrnehmen. Die Neuwahl würde bewirken, dass auch der Bundesrat neu gewählt werden müsste.


BDK

Während kaum jemand etwas gegen Steuererleichterungen für Familien mit Kindern oder gegen die Abschaffung der Stempelgebühr einzuwenden hat, wird ein anderes Element des Gesetzes von linken Parteien, einigen Bürgerlichen sowie vielen Kantonsregierungen heftig kritisiert: die Abschaffung der Wohneigentumsbesteuerung. Nach Ansicht der SP handelt es sich dabei um ein «weiteres Steuergeschenk an die Reichen», während Finanzminister Kaspar Villiger die Massnahme als «eine Übertreibung» bezeichnet. Das Steuerpaket ist für die Wohneigentümer in der Tat erfreulich: Während die Besteuerung des Eigenmietwerts 2008 entfällt, dürfen sie die bis anhin erlaubten Abzüge weiterhin vornehmen. Manch einer warf denn auch den Befürwortern dieser Lösung – namentlich der Schweizerischen Volkspartei (SVP), der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) und der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) – vor, das Wahlvolk einige Monate vor den Wahlen gnädig stimmen zu wollen – wohl nicht ganz zu Unrecht. Nicht nur bedeutet diese Massnahme eine starke Bevorzugung der Wohneigentümer gegenüber den Mietern, sie zieht auch massive Mindereinnahmen für die durch die Wirtschaftskrise bereits stark gebeutelten Kantone und Gemeinden nach sich – gemäss Berechnungen der Graubündner Ständerätin Evelyne Widmer-Schlumpf werden diese rund 2,5 Milliarden Franken betragen. Die Kantone haben wie erwartet im Ständerat eine Reihe von Fürsprechern gefunden. Die kritisierten Parteien wiederum wehren sich mit dem Argument, die Mittelschicht leide heute schon genug unter der Steuerbelastung und müsse in einer schwierigen Zeit unterstützt werden. So könne der Wegfall des Eigenmiet-

werts den Immobilienmarkt neu beleben, was sich positiv auf die Konjunktur auswirken würde. Zudem verweisen die Befürworter darauf, dass sich bis zum Inkrafttreten der umstrittenen Regelung im Jahr 2008 die Finanzlage der Kantone ja radikal geändert haben könnte. Ungeachtet dessen werden die Kantone bis Mitte September entscheiden, ob sie das Kantonsreferendum ergreifen. Zudem spielen auch die Sozialdemokraten mit dem Gedanken einer Volksbefragung zum Steuerpaket; ihrer Ansicht nach bevorzugen die Steuererleichterungen für Familien nämlich jene Kreise, die über ein Einkommen von über 100 000 Franken verfügen und deshalb kaum auf Steuergeschenke angewiesen sind. Die Kritik der Linken und der Kantone steht in engem Zusammenhang mit dem von Kaspar Villiger in den nächsten Jahren geplanten Sparprogramm in der Höhe von 3,5 Milliarden Franken.

Liberalisierung der Landwirtschaft

Während der Sommersession stimmten die Parlamentarier der neuen Agrarpolitik 2007 zu. Zu den wichtigsten Neuerungen gehören die Abschaffung von Milchkontingenten ab 2009 sowie die Versteigerung der Importkontingente für Fleisch zum Vorzugszoll ab 2007 als Mittel zur Konkurrenzbelebung; letztere Massnahme bringt die Aufhebung der so genannten Kontingentsrenten (automatische Renditen) der dominierenden Fleischimporteure. Die Schweizer Landwirtschaft kann in den Jahren 2004–2007 mit Subventionen in der Höhe von rund 14 Milliarden Franken rechnen.

Pablo Crivelli 

Übersetzt aus dem Italienischen.



**Nationalratswahlen 2003
Kanton Bern:**

Peter Vollmer kennt als ehemaliges Vorstandsmitglied der Auslandschweizer-Organisation die Anliegen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer.

**Auf jede Liste zweimal
Peter Vollmer
(SP-Liste/Männer)**

Der öffentliche Verkehr und der Tourismus gehören heute zu seinen Kerngeschäften. Er sorgt dafür, dass die hohe Qualität und die Attraktivität unseres öffentlichen Verkehrsnetzes nicht kurzfristigem Spardenen und unüberlegtem Privatisieren geopfert wird.